

Eitorf, den 11.10.2019

Amt 60.1 - Bauverwaltung, Planung, Umwelt, Liegenschaften

Sachbearbeiter/-in: Josef-Matthias Freiburg

\_\_\_\_\_  
Bürgermeister

\_\_\_\_\_  
i.V.  
Erster Beigeordneter

**VORLAGE**  
**- öffentlich -**

**Beratungsfolge**

Ausschuss für Planung, Umwelt und Erneuerbare Energien	13.11.2019
Rat der Gemeinde Eitorf	09.12.2019

**Tagesordnungspunkt:**

Anregung zur Ausrufung des Klimanotstandes; Bürgerantrag gem. § 24 GO NRW der Attac Rhein-Sieg und anderer vom 13.06.2019

**Beschlussvorschlag:**

Der APUE empfiehlt dem Rat der Gemeinde Eitorf folgenden Beschluss:

Die Gemeinde Eitorf begrüßt das Engagement der Antragsteller. Sie trägt das Anliegen der Initiativen mit, welches in seiner Kernaussage bereits seit vielen Jahren in Eitorf verfolgt wird.

Die Gemeinde Eitorf bekräftigt ihr Bekenntnis zu ihrer Verantwortung für die Menschen, Natur und Umwelt und wird ihre kommunale Klimapolitik für die Umsetzung zahlreicher laufender und geplanter Maßnahmen in Eitorf weiterhin ambitioniert fortsetzen.

Die Ausrufung/Feststellung des „Klimanotstandes“ wird nicht vorgenommen.

**Begründung:**

1. Sachverhalt

Auf den als Anlage beigefügten Bürgerantrag gemäß § 24 GO NRW für die Organisation attac Rhein-Sieg, BUND Rhein-Sieg-Kreis, NABU Kreisverband Rhein-Sieg und BI Naturfreunde Troisdorf wird verwiesen.

Im Antrag wird der Rat der Gemeinde Eitorf angeregt, den Klimanotstand<sup>1)</sup> festzustellen und in einer Resolution zu beschließen, Maßnahmen zu ergreifen, die über die bisherigen Aktivitäten im Bereich Klimaschutz hinausgehen.

### 1) Begriffserklärung Klimanotstand:

Der Begriff Klimanotstand ist kein eingeführter Rechtsbegriff und nur symbolisch zu verstehen. Er stellt damit keine Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen dar.

Das gleichlautende Schreiben ist bei allen Kommunen und dem Kreis zeitgleich eingegangen und auch bei einer Vielzahl von Kommunen außerhalb des Rhein-Sieg-Kreises in Deutschland sind ähnlich lautende Schreiben eingegangen. Die Ausgangslage bei den Kommunen ist jedoch sehr unterschiedlich.

Der Klimawandel ist eine der größten globalen Herausforderungen, die uns alle betrifft. Nach einem Sonderbericht des Weltklimarates (IPCC) ist es notwendig, die globalen Treibhausgasemissionen noch weit vor 2030 zu reduzieren, um die Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu beschränken und damit die Schwere der Folgen maßgeblich reduzieren zu können.

Die Gemeinde Eitorf ist sich ihrer Verantwortung für den Klimaschutz bereits seit vielen Jahren bewusst und engagiert sich mit konzeptionellen Ansätzen auch interkommunal im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung und hat dies als wichtige Daueraufgabe in die Verwaltung (Umweltschutzbeauftragter) integriert. Sämtliche Entscheidungen des Rates werden bereits seit vielen Jahren durch den APUE vorbereitet und im Hinblick auf Umwelt- und Naturschutz sowie Klimaschutz und Klimaanpassung getroffen. Die Wahrnehmung der Fürsorgepflicht (soziale Sicherung der Bürgerinnen und Bürger) und der Generationenverantwortung von Verwaltung und Politik hat in der Gemeinde Eitorf eine ebenso hohe Priorität.

So wurden im Hinblick auf den Klimawandel auch in der Vergangenheit Maßnahmen umgesetzt bzw. gestartet wie die Installation von Solaranlagen auf dem Dach der Sekundarschule (seit 2006), Grundschule Harmonie, Turnhalle am Eichelkamp, E-Mobil als Dienstwagen, Pedelecs als Dienstfahrräder, E-Bike Ladestation auf dem Markt, E-Mobil Ladestation auf der Park and Ride Anlage am Bahnhof, Teilnahme am European Energy Award 2012-14 (die in Arbeitskreisen erarbeiteten Maßnahmen wurden wegen mangelnder finanzieller Mittel nur eingeschränkt umgesetzt), Teilnahme am Wettbewerb „Stadtradeln“ seit 2018 zur Förderung des Umstiegs auf Fahrrad und Pedelec im Nahverkehr, Klimaanpassung/Umwandlung Gemeinde Wald, Hochwassergefahren Karte im Hinblick auf kommende Starkregenereignisse, Sicherung von geschützten Amphibien Kolonien (Rotbauchunke) im gemeindlichen Naturschutzgebiet bei Hitze/Trockensommern.

Weitere fachliche Unterstützung erfährt Eitorf u.a. auch durch seine Netzwerkarbeit und Kooperationen interkommunal und mit dem RSK (regelmäßiger Erfahrungsaustausch mit den 18 weiteren Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises, das Netzwerk des Klimaschutzmanagements, die Klimawandelvorsorgestrategie des Region Köln/Bonn e.V. (vgl. <https://www.klimawandelvorsorge.de> und mehr).

Darüber hinaus regelmäßige Teilnahme am Arbeitskreis Klima und Energie der Kommunen des Oberbergischen Kreises, des Rheinisch-Bergischen Kreises, des Rhein-Sieg-Kreises, des Rhein-Kreis Neuss, des Rhein-Erft-Kreises und der Stadt Leverkusen im Metabolon Lindlar. Mitarbeit des Umweltschutzbeauftragten bei Klimaschutzkonzepten, Teilkonzepten, Klimawandelanpassungskonzepten der Klima-Kompakt Kommunen Lohmar, Much, Ruppichteroth (siehe auch <https://www.klimakompakt.de/startseite/>)

Die Klimaschutzaktivitäten der Gemeinde Eitorf haben sich über die Jahre kontinuierlich gesteigert mit bereits bestehenden Planungen, die deutlich über das Jahr 2019 hinausgehen.

Dazu gehören u.a. die folgenden Maßnahmen und Projekte:

Laufend / begonnen:

- Die Belange des Klimaschutzes werden bei allen raumwirksamen Entscheidungen, insbesondere innerhalb der Bauleitplanung, berücksichtigt.
- Kommunales Energiemanagement in den eigenen Liegenschaften
- Erstellung einer Starkregenisikokarte / Starkregengefahrenkarte u.a. zur Berücksichtigung in der Bauleitplanung.

### **Fazit:**

Die Gemeinde Eitorf ist bereits seit vielen Jahren aktiv im Bereich Klimaschutz. Die aktuellen Planungen gehen deutlich über das Jahr 2019 hinaus und werden kontinuierlich ergänzt und angepasst. Grundsätzlich trägt die Gemeinde Eitorf das Anliegen der Initiativen mit, welches sich

jedoch in seiner Kernaussage bereits mit den Grundlagen der kommunalen Klimapolitik für die Umsetzung zahlreicher laufender und geplanter Maßnahmen in der Gemeinde Eitorf deckt.

Die Ausrufung des Klimanotstandes mit der geforderten „höchsten Priorität für den Klimaschutz“ könnte noch nicht absehbare, ungewollte und unerwünschte Folgen haben, wenn alle anderen, für die Lebensqualität der Menschen wichtigen Bereiche dahinter zurückstehen. Als Beispiel seien hier nur bezahlbarer Wohnraum, die Sicherung von Arbeitsplätzen, div. Freizeiteinrichtungen und Veranstaltungen genannt.

Auch könnte der Begriff „Notstand“ in der Öffentlichkeit zur Verunsicherung führen oder falsche Erwartungen wecken.

Es ist zu befürchten, dass die Ausrufung des Klimanotstandes zu mehr Bürokratie führt und dadurch die Umsetzung wirksamer Maßnahmen verzögert wird oder auf der Strecke bleibt.

Anlage(n)
-----------

Bürgeranregung